

KURZ UND PRÄGNANT

Vor der europäischen Datenschutzverordnung

Angesichts der Sorgen des Landesdatenschutzbeauftragten, mit dem Personalbestand seine Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können, sobald die europäische Datenschutzgrundverordnung kommt, sagt MdL Katharina König: „Wir sind uns bewusst, dass sich daraus ergebende neue Aufgaben auch eine Mehrbelastung des Datenschutzbeauftragten bedeuten, daher wird die personelle Ausstattung im Zuge der Beratungen für den Landshaushalt 2018/2019 auf jeden Fall Thema sein. Spätestens wenn das EU-Parlament grünes Licht gibt, wird sich auch der Thüringer Datenschutzbeirat intensiv damit beschäftigen.“

Die neue Datenschutzverordnung bringt weitreichende Neuregelungen mit sich. Insbesondere das „Recht auf Vergessenwerden“ und die Möglichkeit, Daten von einem Anbieter zum nächsten mitzunehmen („Portabilität“), werden auch die Zahl von Anfragen an den Datenschutzbeauftragten erhöhen. Die LINKE werde sich selbstverständlich dafür einsetzen, dass der Beauftragte auch mit diesen neuen Herausforderungen handlungsfähig bleibt und damit weiterhin die kompetente Anlaufstelle für alle Fragen des Datenschutzes in Thüringen ist. ■

Einladung an den Bundesverkehrsminister

Steffen Harzer, Südthüringer Abgeordneter der LINKEN im Landtag mit Wahlkreisbüro in Meiningen, hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt nach Wasungen eingeladen. Hintergrund sind die aus Thüringer Sicht vorhandenen Schwachstellen im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030.

Dem Bundesverkehrsminister sollen vor Ort die Verkehrs- und Umweltprobleme mit der durch die Stadt führenden B19 erläutert werden, um ihn von der dringenden Notwendigkeit einer Ortsumgehung für Wasungen zu überzeugen. Er hoffe, so Steffen Harzer, dass „Dobrindt die Einladung annimmt, gemeinsam mit den Thüringern über Lösungsmöglichkeiten diskutiert und diese findet“.

Es gehe ihm nicht nur um Wasungen, auch der Lückenschluss der Werratalbahn nach Coburg, der Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung und weitere Defizite im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans könnten bei einem solchen Termin besprochen werden. Abschließend verwies der Südthüringer Abgeordnete auf die Unterstützung seines Engagements durch die Landesregierung und die Linksfraktion im Landtag. ■

Bedenkliche Entwicklungen im Medienbereich

Die Umstrukturierungen bei der Mediengruppe Thüringen waren Thema im Landtag

Mit den Umstrukturierungen bei der Mediengruppe Thüringen und den Konsequenzen für die Vielfalt und Qualität der Printmedien hatte sich der Thüringer Landtag am 16. März im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion befasst.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hey hatte darauf verwiesen, dass am 22. Februar Belegschaft und Öffentlichkeit von den Plänen der Mediengruppe erfahren hatten. Diese hatte mitgeteilt, dass es zahlreiche Umstrukturierungen bei den drei Zeitungen TA, OTZ und TLZ gebe. 68 Redakteurs-, also Journalistenstellen, 30 Stellen von Sekretärinnen würden wegfallen. Künftig solle mehr Augenmerk auf das Lokale und auf die Landespolitik gelegt werden und man wolle in dieser Qualität auch den Lesern mehr entgegenkommen.

Sorge um die Pressevielfalt in diesem Land

Der SPD-Politiker betonte: „Unsere Skepsis ist, dass mit weniger Leuten eine bessere Arbeit und eine bessere Qualität gewährleistet werden soll. Wir fragen uns, ob das eigentlich geht. Wir sorgen uns also um die Qualität, auch um die Pressevielfalt in diesem Land. Es geht aber auch und vor allem um die Beschäftigten.“

André Blechschmidt, Medienpolitiker und Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN, begann mit einem Gedanken von Carlo Schmid. Die heutige Presse müsse „im Vergleich zur Vergangenheit nicht nur die staatlichen Strukturen, die politischen Verantwortlichen kontrollieren und dabei ohne falsche Ressentiments Kritik und klare Worte sprechen, sondern mit gleicher Vehemenz dem Bürger in der öffentlich politischen Debatte Bühne bieten. Denn nur jedes Gleichgewicht dieser beiden Aspekte ein und derselben Aufgabe lässt, so die Überlegung des Professors für öffentliches Recht, Presse glaubwürdig erscheinen“.

Unterschiede aufrecht erhalten bei einer Mantelredaktion?

Und dann, so fügte André Blechschmidt an, „wird sie als Informations- und Meinungsgeber akzeptiert und letztlich so, wie es Verlage natürlich wollen, auch gekauft“. Gerade heutzutage müsse deutlich ausgesprochen werden, „Presse ist einerseits Wesensbestandteil demokratischer Kontrolle und andererseits auch Wesensbestandteil demokratischer Teilhabe und Meinungsbildung in unserer Gesellschaft. Dies wollen wir bei aller Kritik gegenüber Presse bei Inhalten, Methode oder strukturellen Maßnahmen nicht infrage stellen“, sagte der LINKE-Politiker und stellte weiter fest: „Mit

der Aktuellen Stunde werden drei Fragen aufgeworfen. Erstens: Umstrukturierung als Gefahr für die Vielfalt der Presselandschaft in Thüringen oder – anders formuliert – Einheitsbrei aus einem Topf, Stichwort Monopolisierung. Zweitens: Umstrukturierung als Gefahr für die Qualität von Presseerzeugnissen oder Schlagzeilenjournalismus ohne Hintergrund und Tiefenrecherche, Stichwort Boulevardpresse im schlechten Sinn. Und drittens: Umstrukturierung gleich Stellenabbau.“

Dabei begründete die Zeitungsgruppe Thüringen ihr sogenanntes Zukunftsprogramm mit den seit Jahren rückläufigen Verkaufszahlen sowie mit der Veränderung des Anzeigengeschäfts. Es sei in Anbetracht der Erfahrungen mit TA, TLZ und OTZ hinsichtlich der immer noch vorhandenen differenzierten inhaltlichen Darstellungen schwer vorstellbar, bei einer Mantelredaktion diese Unterschiede aufrechtzuerhalten. Dies schließe die Redaktionsgesellschaft unter Führung der drei Chefredakteure ausdrücklich mit ein. „An dieser Stelle soll die individuelle Ausprägung der einzelnen Titel sichergestellt werden, nicht mehr in den Redaktionen generell. Hier sehen wir eine Gefahr für die Vielfalt“, warnte André Blechschmidt.

Die vierte Gewalt im Staat muss Grundprinzipien achten

„Spätestens seit Watergate weiß jeder, dass umfängliche, mithin intensive und tiefenwirksame Recherchen von Redakteuren Qualität von Journalismus garantieren. Deshalb darf man starke Zweifel haben, dass mit dem angekündigten Abbau Qualität gehalten oder gar verbessert werden kann. Auch hier sehen wir starke Bedenken, gerade mit Blick auf die von mir aufgezeigte gesellschaftliche Aufgabe der Medien“, sagte der Medienpolitiker der Linksfraktion. Was die Kündigung von ca. 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreffe, unterstütze die LINKE die Forderung des Deutschen Journalistenverbandes: komplette Übernahme der Redakteure aus dem Mantelbereich in den Lokalbereich.

„Ja, Presseverlage sind wirtschaftliche Unternehmen, die betriebswirtschaftlichen Regularien unterliegen, und dennoch sind sie, wie es so schön heißt, die vierte Gewalt im Staat und müssen Grundprinzipien achten, beachten und aufrechterhalten, um nicht Gefahr zu laufen, aus wirtschaftlichen Gründen eine umfassende, ausgewogene und inhaltsreiche Berichterstattung aufzugeben. So wie Medien die Aufgabe haben, Politik kritisch zu begleiten, haben aber auch wir die Aufgabe, bedenkliche Entwicklungen gerade im Medienbereich aufzuzeigen und einer sachlichen Kritik zu unterziehen. Das wollen wir auch weiterhin tun“, so der Abgeordnete abschließend. ■

Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

Die Ankündigung der Gewerkschaft ver.di, mit dem Land Thüringen und dem zuständigen Ministerium Gespräche über einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte an den Hochschulen zu führen, hat Christian Schaft, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, begrüßt. „Es ist an der Zeit, dass auch studentische Hilfskräfte an den Thüringer Hochschulen tarifvertraglich abgesichert werden, damit sie Rechtssicherheit in ihren Arbeitsverhältnissen erfahren“, konstatierte der Hochschulpolitiker.

Christian Schaft befürwortete auch das Vorgehen der Gewerkschaft, zunächst das Gespräch mit den Studierenden zu suchen. „Ohne die Beteiligung der betroffenen Statusgruppe lässt sich dieses Projekt nicht angehen. Daher ist es gut, dass ver.di die Studierenden von Beginn an in den Prozess miteinbeziehen will und ihre Mitwirkung an potentiellen Verhandlungen ermöglicht.“

Neben einer angemessenen Vergütung müsse es Ziel eines Tarifvertrages sein, dass „der Wildwuchs an Vertragskonstruktionen endet und die Vor- und Nachbereitungszeiten, die studentische Beschäftigte bei Tutorien aufbrin-



gen, ebenfalls vergütet werden, um die Diskrepanz zwischen bezahlter und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit zu beheben.“

Der LINKE-Landtagsabgeordnete verwies auf den Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Dort haben sich die Koalitionspartner ebenfalls darauf geeinigt, mit den Gewerkschaften und Studierendenvertretungen Gespräche über den Abschluss eines Tarifvertrages für studentische Hilfskräfte aufzunehmen.

„Die Gespräche und der Abschluss eines Tarifvertrages wären auch ein notwendiges Zeichen für die Anerkennung der Arbeit studentischer Hilfskräfte an den Hochschulen und im Sinne Guter Arbeit in der Wissenschaft“, betonte Christian Schaft. ■